

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XVII

§ 1 Grundlagen und Grundbegriffe des neuen GeschGehG

I. Einführung	1
1. Grundlagen des neuen Rechts	1
a) Gesetzeszweck	1
b) Erlangung, Nutzung und Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen	1
c) Schutzebenen des Gesetzes	3
d) Verfassungsrang von Geschäftsgeheimnissen	4
2. Zur Geschichte des Geschäftsgeheimnisschutzes	4
a) §§ 9, 10 UWG 1896	4
b) UWG 1909	4
c) Notverordnung vom 9.3.1932	5
d) Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität	5
e) TRIPS 1995	5
f) UWG-Reform 2004	6
g) Das Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen	6
h) Rechtsentwicklung nach dem Entwurf der Whistleblower-Richtlinie vom 23.4.2018	7
3. Begriffliches zum Geschäftsgeheimnisschutz	8
a) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	8
b) Unternehmensgeheimnis, Wirtschaftsgeheimnis, Gesellschaftsgeheimnis	9
c) Staatsgeheimnis und Dienstgeheimnis	9
d) Know-how	9
e) Geschäftsgeheimnis als Kernbegriff des GeschGehG	10
4. Historie und Bedeutung des GeschGehG	11
a) Richtlinie (EU) 2016/943	11
b) Referentenentwurf vom 19.4.2018 und Regierungsentwurf vom 18.7.2018	11
c) Der weitere Gang des Gesetzgebungsverfahrens	12
d) Inkrafttreten des GeschGehG	13
e) Zur Stellung des GeschGehG in der Rechtsordnung	14
5. Kerninhalt und Anwendungsbereich des Gesetzes	15
a) Kerninhalt des Gesetzes	15
b) Umgang mit Geschäftsgeheimnissen durch Private	16
c) Vorrang öffentlich-rechtlicher Vorschriften	16
d) „Unberührtes“	17
6. Blick ins Ausland	18
7. Rechtliche und praktische Bedeutung des Geheimnisschutzes	19
a) Geschäftsgeheimnisse als Wirtschaftsgut	19
b) Vielfalt der betroffenen Informationen	19
c) Anforderungen an ein wirksames Geheimnisschutzgesetz	20
d) Compliance-Aufgabe Geschäftsgeheimnisschutz	20
8. Gefährdung und Risiken	21
a) Arbeitnehmerwechsel, Fluktuation im Unternehmen	21
b) Technologietransfer	22
c) Industriespionage	22
d) Schäden durch Geheimnisabfluss	23
II. Der Begriff des Geschäftsgeheimnisses	23
1. Übersicht	23

2. Definition des Geschäftsgeheimnisses bei Geltung der §§ 17 ff. UWG aF	24
a) Die einzelnen Tatbestandsmerkmale der bisherigen Definition	24
b) Insbesondere: „Rechtswidrige“ oder „illegale“ Geheimnisse	26
3. Legaldefinition des Geschäftsgeheimnisses im GeschGehG	27
a) Information	28
b) Geheimheit	28
c) Wert	32
d) Gegenstand von angemessenen Geheimhaltungsmaßnahmen	33
e) Berechtigtes Geheimhaltungsinteresse	35
III. Geschäftsgeheimnisse von A bis Z	37
IV. Angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen	48
1. Übersicht	48
a) Bedeutung des Merkmals	48
b) Zur Schutzrichtung angemessener Geheimhaltungsmaßnahmen	48
c) Der Begriff der Maßnahme	49
d) Der Verpflichtete	49
2. Einzelbereiche für Geheimhaltungsmaßnahmen	49
a) Organisatorische Maßnahmen	49
b) Technische Maßnahmen	49
c) Rechtliche Maßnahmen	50
3. Feststellung der Angemessenheit von Geheimhaltungsmaßnahmen	50
a) Einzelkriterien der Angemessenheitsprüfung	51
b) Insbesondere: Herausgabepflichten beim Ausscheiden	52
c) Sonstige Geheimhaltungsmaßnahmen	53
4. Weitere Anforderungen an angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen	54
5. Geheimnisschutzmanagement im Betrieb und Unternehmen	55
V. Weitere Grundbegriffe des neuen GeschGehG	57
1. Inhaber eines Geschäftsgeheimnisses	57
a) Person	57
b) Rechtmäßige Kontrolle über das Geschäftsgeheimnis	57
2. Rechtsverletzer	58
a) Person	59
b) Verstoß gegen ein Handlungsverbot des § 4 GeschGehG	59
c) Der Ausnahmetatbestand des § 5 GeschGehG	59
3. Rechtsverletzendes Produkt	59

§ 2 Erlaubte Handlungen und Handlungsverbote

I. Erlangung, Nutzung und Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen als maßgebliche Handlungsformen	61
1. Übersicht	61
a) Bisherige Bezeichnungen für Handlungsvarianten	61
b) Die „neue Begrifflichkeit“	61
2. Erlaubte Handlungen und Handlungsverbote nach §§ 3, 4 GeschGehG	62
3. Die einzelnen Handlungsformen	62
a) Erlangung	63
b) Nutzung	63
c) Offenlegung	64
4. Auswirkungen auf den Geheimnisschutz	64
II. Rechtmäßiges Erlangen	65
1. Übersicht	65
2. Einzelheiten der Erlangung nach § 3 Abs. 1 Nr. 1, 2 GeschGehG	65
a) Eigenständige Entdeckung oder Schöpfung	65
b) „Bearbeitung“ von Produkten oder Gegenständen	65
3. Ausübung von Informations- und Anhörungsrechten durch Arbeitnehmer	67
4. Ausübung von Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmervertretung	68
5. Erlangung nach § 3 Abs. 2 GeschGehG	69

	Seite
III. Rechtswidriges Erlangen	69
1. Übersicht	69
2. Grundtatbestand des § 4 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG	69
a) Schützbares/geschütztes Objekt	70
b) Geheimnisbezug des Objekts	70
c) Rechtmäßige Kontrolle des Geheimnisinhabers	70
d) Verletzungshandlung	71
e) Strafrechtliche Relevanz	72
3. Verstoß gegen Treu und Glauben, § 4 Abs. 1 Nr. 2 GeschGehG	72
4. Unbefugte „abgeleitete“ Erlangung, § 4 Abs. 3 GeschGehG	72
IV. Rechtmäßige Nutzung und Offenlegung	74
1. Übersicht	74
2. Gestattung der Nutzung oder Offenlegung	74
a) Gestattung durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes	74
b) Gestattung durch Rechtsgeschäft	74
V. Rechtswidrige Nutzung und Offenlegung	75
1. Übersicht	75
2. Nutzungs- und Offenlegungsverbot nach unerlaubter eigener Erlangung, § 4 Abs. 2 Nr. 1 GeschGehG	75
a) Verwendung im Nachgang zu unerlaubter Erlangung nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG	76
b) Verwendung im Nachgang zu unerlaubter Erlangung nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 GeschGehG	76
3. Verstoß gegen ein Nutzungs- oder Offenlegungsverbot, § 4 Abs. 2 Nr. 2 GeschGehG ..	76
a) Gesetzesbegründung und Folgerungen	76
b) Arbeitsrechtliche Verwendungsbeschränkungen	78
4. „Abgeleitetes“ Nutzungs- und Offenlegungsverbot, § 4 Abs. 3 GeschGehG	81
§ 3 Der Whistleblower- Ausnahmetatbestand des § 5 GeschGehG	
I. Übersicht	83
1. Allgemeiner Anwendungsbereich	84
2. Eckpunkte zur Anwendung von § 5 GeschGehG auf Whistleblowing-Fälle	85
a) Anzeigerecht des Hinweisgebers	85
b) Vorliegen eines Geschäftsgeheimnisses	87
c) Neuerungen durch die Hinweisgeberschutz-Richtlinie?	89
II. Die Ausnahmetatbestände im Einzelnen	89
1. Erlangung, Nutzung und Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen zur Ausübung der Meinungsfreiheit u. a.	89
2. Erlangung, Nutzung und Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen zur Aufdeckung von Missständen	90
a) Handlungszweck und Arten betrieblicher Missstände	91
b) Eignung der Handlung, das allgemeine öffentliche Interesse zu schützen	92
3. Offenlegung eines Geschäftsgeheimnisses gegenüber der Arbeitnehmervertretung zur dortigen Aufgabenerfüllung	92
4. Erlangung, Nutzung und Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen zum Schutz eines sonstigen berechtigten Interesses	93
III. Rechtsfolgen bei Eingreifen des § 5 GeschGehG	93
1. Verbleibende Sanktionsmöglichkeiten im Fall des § 5 GeschGehG	94
2. Zur Kündigung von Whistleblowern	94
3. Erkenntnisse und Folgerungen aus dem „Fall Heinisch“	96
§ 4 Die zivilrechtlichen Ansprüche	
I. Anspruchssystem, Anspruchsteller und Anspruchsgegner	97
1. Überblick	97
2. Der gesetzliche Schutz in §§ 6 ff. GeschGehG	97
a) Verschuldensunabhängige Ansprüche	97
b) Verschuldensabhängige Ansprüche	98
c) Einwendungen	98

3. Gesetzliche Ansprüche vor Inkrafttreten des GeschGehG	98
4. Vertraglicher und auf Vertrag gründender Geheimnisschutz	99
5. Weitere zivilrechtliche Rechtsfolgen bei Geheimnisverletzungen	100
6. Durchsetzung der Ansprüche	101
7. Unternehmensinhaber als Anspruchsgegner bei Rechtsverletzung durch Beschäftigte oder Beauftragte, § 12 GeschGehG	102
a) Charakter der Norm, Parallelvorschriften	102
b) Erfasste Ansprüche	103
c) Begriff des Beschäftigten	104
d) Begriff des Beauftragten	104
e) Weitere Haftungsvoraussetzungen	104
8. Zur Verjährung von Ansprüchen nach § 61 Abs. 2 HGB	105
II. Ansprüche aus § 6 GeschGehG	106
1. Übersicht	106
a) Anspruchsziele	106
b) Parallelvorschriften	106
2. Beseitigungsanspruch	106
a) Voraussetzungen	106
b) Einwendungen	107
c) Rechtsfolgen	107
d) Prozessuales	107
3. Verletzungsunterlassungsanspruch	108
a) Voraussetzungen	108
b) Einwendungen	109
c) Rechtsfolgen	109
d) Prozessuales	109
4. Vorbeugender Unterlassungsanspruch	111
a) Voraussetzungen	111
b) Einwendungen	112
c) Rechtsfolgen	112
d) Prozessuales	112
III. Ansprüche aus § 7 GeschGehG	113
1. Übersicht	113
a) Anspruchsziele	113
b) Parallelvorschriften	113
2. Vernichtung oder Herausgabe (§ 7 Nr. 1 GeschGehG)	114
a) Voraussetzungen	114
b) Einwendungen	114
c) Rechtsfolgen	114
3. Ansprüche in Bezug auf rechtsverletzende Produkte (§ 7 Nr. 2–5 GeschGehG)	115
a) Vorbemerkung und Parallelvorschriften	115
b) Die einzelnen Ansprüche	115
c) Einwendungen	117
IV. Der Auskunftsanspruch nach § 8 GeschGehG	117
1. Übersicht	117
a) Anspruchsziele	118
b) Bisherige Regelung	118
c) Parallelvorschriften	118
2. Auskunftsanspruch (§ 8 Abs. 1 GeschGehG)	119
a) Voraussetzungen	119
b) Einwendungen	119
c) Rechtsfolgen	119
3. Schadensersatz bei Auskunftspflichtverletzung (§ 8 Abs. 2 GeschGehG)	120
a) Voraussetzungen	120
b) Einwendungen	121
c) Rechtsfolge: Schadensersatzpflicht	121

	Seite
V. Der Schadensersatzanspruch nach § 10 GeschGehG	121
1. Übersicht	121
2. Der Schadensersatzanspruch nach § 10 Abs. 1 und 2 GeschGehG	122
a) Voraussetzungen	122
b) Einwendungen	123
c) Rechtsfolge: Schadensersatzverpflichtung	123
3. Ersatz immaterieller Schäden, § 10 Abs. 3 GeschGehG	126
a) Voraussetzungen	126
b) Einwendungen	127
c) Rechtsfolge	127
d) Verhältnis zum Anspruch aus § 10 Abs. 1 GeschGehG	127
e) Prozessuales	127
VI. Der besondere Herausgabeanspruch nach § 13 GeschGehG	127
1. Übersicht	127
2. Voraussetzungen	128
3. Rechtsfolge: Herausgabeanspruch	128
a) Herausgabe des Erlangten nach §§ 812 ff. BGB	128
b) Herausgabepflicht überdauert Verjährung	128
 § 5 Einwendungen	
I. Anspruchsausschluss bei Unverhältnismäßigkeit, § 9 GeschGehG	131
1. Übersicht	131
a) Anwendungsbereich	131
b) Parallelvorschriften, Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	132
2. Gesetzliche Kriterien zur Feststellung der Unverhältnismäßigkeit der Erfüllung	132
a) Wert und andere spezifische Merkmale des Geschäftsgeheimnisses	132
b) Betroffene Geheimhaltungsmaßnahmen	133
c) Verhalten des Rechtsverletzers bei Erlangung, Nutzung oder Offenlegung	133
d) Folgen rechtswidriger Nutzung oder rechtswidriger Offenlegung	133
e) Berechtigte Interessen des Inhabers und des Rechtsverletzers sowie Auswirkungen der Erfüllung der Ansprüche	133
f) Berechtigte Interessen Dritter	134
g) Öffentliches Interesse	134
h) Weitere Kriterien zur Feststellung der Unverhältnismäßigkeit	134
4. Prozessuales	134
II. Abwendungsbefugnis nach § 11 GeschGehG	134
1. Übersicht	134
2. Voraussetzungen	135
a) Anwendungsbereich	135
b) Fehlendes Verschulden	135
c) Unverhältnismäßiger Nachteil des Rechtsverletzers bei Anspruchserfüllung	136
d) Angemessenheit einer Geldabfindung	136
3. Rechtsfolge: Abwendungsbefugnis	136
4. Abfindungshöhe (§ 11 Abs. 2)	137
5. Prozessuales	137
III. Missbrauchsverbot, § 14 GeschGehG	137
1. Übersicht	137
a) Zweck und Parallelregelung	137
b) Geltung für Ansprüche nach dem GeschGehG	138
2. Feststellung des Rechtsmissbrauchs	139
3. Rechtsfolgen eines Missbrauchs	139
a) Aufwendungsersatz (Rechtsverteidigungskosten)	139
b) Weitergehende Ersatzansprüche	140
4. Prozessuales	140
 § 6 Geschäftsgeheimnisverfahrensrecht (§§ 15–22 GeschGehG)	
I. Einleitung und Übersicht	143

	Seite
1. Geschäftsgeheimnisstreitsachen	144
2. Erste Einschätzungen zum Geschäftsgeheimnisverfahrensrecht	145
II. Sachliche und örtliche Zuständigkeit; Verordnungsermächtigung (§ 15 GeschGehG)	146
1. Übersicht	146
2. Sachliche Zuständigkeit	146
a) Klagen vor den ordentlichen Gerichten: Landgericht	146
b) Zuständigkeit der Arbeitsgerichte	147
3. Örtliche Zuständigkeit	149
a) Ordentliche Gerichte	149
b) Arbeitsgerichte	149
4. Konzentration der Verfahren (§ 15 Abs. 3 GeschGehG)	150
III. Beschränkung nach § 16 GeschGehG	150
1. Vorüberlegung	150
2. Einstufungsentscheidung (§ 16 Abs. 1 GeschGehG)	151
a) Voraussetzungen	151
b) Einstufungsentscheidung des Gerichts	152
3. Rechtsfolgen der Einstufungsentscheidung (§ 16 Abs. 2, 3 GeschGehG)	152
a) Geheimhaltungspflicht nach § 16 Abs. 2 GeschGehG	152
b) Rechtsfolge für Dritte mit Akteneinsichtsrecht (§ 16 Abs. 3 GeschGehG)	154
4. Sanktionen bei Geheimhaltungsverstoß (§ 17 GeschGehG)	154
IV. Zusätzliche Beschränkungen nach § 19 GeschGehG	155
1. Voraussetzungen	155
2. Rechtsfolgen	156
a) Beschränkung des Zugangs zu Dokumenten	156
b) Beschränkung des Zugangs zur mündlichen Verhandlung und zum Protokoll der mündlichen Verhandlung sowie dessen Aufzeichnung	156
c) Gewährleistung rechtlichen Gehörs	157
3. Abwägung aller Einzelfallumstände (§ 19 Abs. 1 S. 2 GeschGehG)	157
4. Möglichkeit anderweitiger Anordnungen nach gerichtlichem Ermessen (§ 19 Abs. 1 S. 4 GeschGehG)	157
5. Weitere Rechtsfolgen im Fall des § 19 Abs. 1 S. 1 GeschGehG	157
6. Geltung in der Zwangsvollstreckung (§ 19 Abs. 3 GeschGehG)	158
V. Verfahren bei Maßnahmen nach §§ 16–19 GeschGehG (§ 20 GeschGehG)	159
1. Antragserfordernis	159
2. Anhörung der anderen Partei	160
3. Entscheidung durch Beschluss	160
4. Anfechtbarkeit	161
VI. Bekanntmachung des Urteils (§ 21 GeschGehG)	161
1. Übersicht und Parallelregelungen	161
2. Verfahren	162
a) Antrag	162
b) Darlegung eines berechtigten Interesses	162
c) Entscheidung	162
d) Veröffentlichung	163
3. Bekanntmachungsmöglichkeit auch ohne Beschränkung nach § 16 GeschGehG	163
VII. Streitwertbegünstigung, § 22 GeschGehG	163
1. Übersicht	164
a) Streitwerte in Geheimnisschutzsachen	164
b) Parallelregelungen	165
c) Verhältnis zu § 51 Abs. 3 GKG	165
d) Verhältnis zu § 12a ArbGG	165
2. Verfahren	167
a) Antragserfordernis	167
b) Glaubhaftmachung	167
c) Entscheidung des Gerichts	167
3. Weitere Folgen der Anordnung (§ 22 Abs. 2 GeschGehG)	167
4. Streitwertbegünstigung auch ohne Beschränkung nach § 16 GeschGehG	168

§ 7 Geschäftsgeheimnisstrafrecht (§ 23 GeschGehG)

I. Straftatbestände – Übersicht	169
1. Die neuen Straftatbestände des § 23 GeschGehG	169
a) Struktur des § 23 GeschGehG und Vergleich mit den §§ 17 ff. UWG aF	169
b) Neue Begrifflichkeiten	171
c) Strafraumen und Verjährung	171
d) Strafbarkeit des Versuchs und der Beteiligung; Vorbereitungshandlungen	171
e) Auslandstaten (§ 5 Nr. 7 StGB)	173
f) Bestimmtheitsfragen	173
2. Vorsatz und subjektive Tatbestandselemente	173
a) Vorsatz	173
b) Die subjektiven Tatbestandselemente	174
3. Rechtswidrigkeit und Schuld	176
4. Qualifikationen	176
a) Gewerbsmäßigkeit	176
b) Wissen um beabsichtigte Auslandsnutzung	176
c) Eigene Nutzung im Ausland	176
II. § 23 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG („Betriebsspionage“)	177
1. Tatbestandsmäßigkeit	177
a) Objektiver Tatbestand	177
b) Subjektiver Tatbestand	179
2. Sonstige Voraussetzungen einer Strafbarkeit	179
III. § 23 Abs. 1 Nr. 2 GeschGehG („Eigene Vortat“)	179
1. Tatbestandsmäßigkeit	180
a) Objektiver Tatbestand	180
b) Subjektiver Tatbestand	182
2. Sonstige Voraussetzungen einer Strafbarkeit	182
IV. § 23 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG („Geheimnisverrat“)	182
1. Tatbestandsmäßigkeit	182
a) Täter: Bei einem Unternehmen beschäftigte Person	182
b) Tatobjekt: Geschäftsgeheimnis	183
c) Tathandlung: Offenlegung entgegen § 4 Abs. 2 Nr. 3 GeschGehG	184
d) Tatzeit: Geltungsdauer des Beschäftigungsverhältnisses	184
e) Subjektiver Tatbestand	185
2. Rechtswidrigkeit	185
3. Sonstige Voraussetzungen einer Strafbarkeit	186
V. § 23 Abs. 2 GeschGehG („Fremde Vortat“)	186
1. Tatbestand	186
2. Sonstige Voraussetzungen einer Strafbarkeit	187
VI. § 23 Abs. 3 GeschGehG („Vorlagenfreibeuterei“)	187
1. Tatbestand	188
a) Objektiver Tatbestand	188
b) Subjektiver Tatbestand	190
2. Sonstige Voraussetzungen einer Strafbarkeit	190
VII. Strafprozessuales	191
1. Strafantrag	191
2. Besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung	191
3. Geheimhaltung im Strafprozess	192
4. Örtliche Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft	192
5. Privatklage	193
6. Sonstiges Verfahrensrecht	193

Anhang

1. Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen	195
2. Richtlinie 2016/943 EU vom 8. Juni 2016	203

Sachverzeichnis	221
-----------------------	-----